

## Niederschrift



Gremium: **29. Sitzung des Jugendhilfeausschusses**  
Sitzungsdatum: **Montag, den 04.11.2013**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**  
Beginn: 14:33 Uhr Ende: 16:19 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**  
Martin Sailer

**Mitglieder:**  
Renate Durner  
Marlies Fasching  
Annemarie Finkel  
Bernhard Hannemann  
Ulrike Höfer  
Gabriele Huber  
Gabriele Olbrich-Krakowitzer  
Eva Rößner  
Dr. Max Stumböck  
Carolina Trautner

**Sonstige stimmberechtigte Mitglieder:**  
Manfred Gahler  
Günther Geiger  
Andreas Landau  
Dr. Ilona Luttmann  
Hans Scheiterbauer-Pulkkinen  
Karin Schöllhorn  
Susanne Schönwälder

**Beratende Mitglieder:**  
Markus Bernhard  
Josef Falch  
Christine Hagen  
Stanislav Kol entschuldigt  
Helga Kramer-Niederhauser  
Gerhard Pehmer  
Marita Petzold entschuldigt  
Angela Reuber entschuldigt  
Mathilde Weirather entschuldigt  
Johannes Wirsing

**Vertreter:**

Matthias Krauß	Vertretung für Armin Raunigk
Hannes Neumeier	
Rüdiger von Petersdorff	Vertretung für Markus Mayer
Bernhard Walter	Vertretung für Peter Baumeister

**Verwaltung:**

Doris Stuhmiller  
Kerstin Zoch

**Weitere Anwesende:**

Verena Nittmann (zu TOP 1)

**Schriftführerin:**

Susanne Häusler

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

1. Modellprojekt Mittelschulverbund Bobingen/Großaitingen (JiM-Projekt)  
Vorlage: 13/0311
2. Stationäre Unterbringung von Kindern und jungen Menschen in Einrichtungen;  
Heimerziehung - Eingliederungshilfe (§§ 34, 35 a SGB VIII)  
Vorlage: 13/0312
3. Jugendhilfeberichterstattung - Schwabenvergleich 2012  
Vorlage: 13/0313
4. Koordinierende Kinderschutzstelle (KoKi);  
Ausweitung der personellen Besetzung (0,5 Stellenanteil)  
Vorlage: 13/0314
5. Abwicklung des Jugendhilfehaushalts 2013
6. Verschiedenes
7. Wünsche und Anfragen



würde. Gerade in größeren Gemeinden würden einige Eltern nicht wissen, was an Vereinen am Ort geboten sei. Des Weiteren habe Frau Nittmann von einem Lernplaner gesprochen, der aus einem Projekt geflossen sei. Dieser Lernplaner sei sicher keine Sache, die man immer wieder neu erfinden müsse. Wenn sie es richtig verstanden habe, handele es sich hierbei um eine Anleitung für Eltern und Kinder, wie sie dies richtig händeln können. Nach Meinung von Kreisrätin Höfer könnten davon auch andere Schulen profitieren. Sie erkundigt sich nach der Möglichkeit, anderen Schulen als Ergebnis aus diesem Projekt diesen Lernplaner zur Verfügung zu stellen. Abschließend dankt Kreisrätin Höfer Frau Nittmann für ihr Engagement. Dieses Projekt habe sicher an Erfahrung einiges gebracht.

**Frau Nittmann** erklärt dazu, dass man das Konzept 1:1 für andere Schulen hernehmen könne. Ihres Wissens werde es in Bobingen bereits genutzt. Frau Nittmann stellt fest, dass man vielleicht eine kurze Einweisung benötigen würde. Zur ersten Frage von Kreisrätin Höfer erklärt Frau Nittmann, dass es den Bildungsrat bis jetzt nur in Bobingen geben würde. Dies sei ein erster Versuch gewesen, so etwas durchzuführen.

**Frau Stuhlmiller** ergänzt, dass der Bildungsrat nicht nur im Rahmen des Projekts installiert worden wäre, sondern weiterhin bestehen würde. Dies sei etwas ganz Besonderes und gebe es bisher eben nur in Bobingen. Natürlich sei dies ein Beispiel und man habe das auch in die Bewerbung aufgenommen für die Bildungsregion in Bayern, da es in der Kommune Abstimmung unter den Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Familien und Schulen schaffen soll. Momentan sei der Bildungsrat in Bobingen für die 0 bis unter 27jährigen installiert. Es sei jedoch so gedacht, dass es über die Generationen hinweg ein Bildungsrat sein sollte. Man habe dies aber von der Jugendhilfe unterstützt und zunächst so angelegt. Es sei jedoch eine Sache auf Dauer und laufe sehr gut an. So habe der Bildungsrat eine Plattform ins Internet gestellt, wo die ganzen Einrichtungen sichtbar seien. Es müsse jedoch in der Kommune auch jemanden geben, der dies pflegen würde. Ganz entscheidend sei, dass die Institutionen untereinander informiert wären und dass diese Informationen durchgängig und aufeinander bezogen seien.

Auch **Kreisrat Hannemann** bedankt sich für den Vortrag. Er habe allerdings ein Verständnisproblem. Zu Beginn des Vortrags habe Frau Nittmann mitgeteilt, dass man alle Beteiligten gleich zu Wort kommen lassen wollte, insbesondere auch die Eltern. Dies sei das Grundkonzept gewesen. Den Vortrag habe Frau Nittmann dann jedoch mit der Empfehlung geschlossen, eine Vereinbarung zwischen der Jugendhilfe und den Schulen zu treffen. Des Weiteren sei ihm aufgefallen, dass im Rahmen des Projekts das Interesse nachgelassen habe und teilweise Dinge nicht mehr zustande gekommen wären. Dies seien oft Dinge gewesen, wo die Eltern involviert gewesen wären. Er frage jetzt einmal ganz provokant, woran das liege, dass die Eltern sich so wenig für ihre Kinder interessieren würden. Dies sei auch seine subjektive Betrachtung. Bei der Einschulung seien die Eltern noch Feuer und Flamme, das lasse von Jahr zu Jahr stark nach. Er besuche auch viele Elternstammtische, die sich jedoch stark ausdünnen würden. Das Überraschendste, das er erlebt habe, sei bei Hauptschulabschlussfeiern. Von 100 Schülern, die ihr Abschlusszeugnis bekommen würden, seien gerade mal zehn Elternpaare anwesend. Er frage sich immer, wieso die Eltern sich so wenig Zeit nehmen würden. Diese Problematik sollte einmal analysiert werden und ggf. ein Handlungsfeld aufgemacht werden.

**Frau Nittmann** stellt fest, dass sie die Eltern in einer Kooperationsvereinbarung nicht außen vor lassen wolle. Gerade beim pädagogischen Rahmenkonzept sei es unglaublich wichtig, die Eltern mit einzubeziehen. Aus diesem Grund habe sie gesagt „partizipativ“, damit sich auch Eltern und vor allem Schüler beteiligen würden. Dies seien diejenigen, die das Konzept auch tragen müssten. Allerdings wäre es sehr schwierig, Eltern zu beteiligen. Frau Nittmann erklärt, dass nach ihrer Einschätzung Eltern an der Schule oft schlechte Beteiligungserfahrungen machen würden. Dies habe auch damit zu tun, was die Eltern an der Schule für eine Wertschätzung erfahren würden und wie die Beteiligung ankommen würde. Nach einer ne-

gativen Erfahrung würden sich viele Eltern beim nächsten Mal nicht mehr beteiligen. Dies sei jedoch ihre persönliche Einschätzung und vielleicht nur ein kleiner Teil dessen, was die Gründe seien.

**Kreisrat Hannemann** stellt weiter fest, dass eine solche Empfehlung und Ausarbeitung durchaus positiv sei, es müsse jedoch auch umsetzbar sein. Dies sei die pragmatische Kritik an der ganzen Sache. Wenn man jetzt schon wisse, dass einige der Player nicht mitspielen werden, weil sie sich beispielsweise nicht ernstgenommen fühlen, habe man schon einen Ansatzpunkt. Auf diesen könne eingewirkt und zum Beispiel an die Schule weitergegeben werden, Eltern und auch Schüler entsprechend ernst zu nehmen und dann auch das Engagement zu forcieren. Es gebe auch die andere Richtung, dass Eltern dann mit Anwälten versuchen würden, ständig in die Schule einzuwirken. Dies sei eine katastrophale Entwicklung, dass Eltern anscheinend auch nicht mehr respektieren würden, dass Lehrer Entscheidungen treffen. Es werde grundsätzlich alles hinterfragt und wenn die Entwicklung nicht nach Vorstellung laufen würde, seien heutzutage primär erst einmal die Lehrer schuld.

**Frau Nittmann** stellt hierzu fest, dass in diesen Fällen die Schule dann nicht als Partner, sondern als Gegner empfunden werde. Sie halte es durchaus für umsetzbar, Eltern zu beteiligen. Die Frage sei jedoch, welche Erfahrungen man sie dann machen lasse.

**Kreisrat Walter** stellt fest, dass so ein Projekt in erster Linie davon leben würde, dass die Beteiligten zusammenarbeiten wollen und es auch können. Dies wiederum sei abhängig davon, inwieweit kompetente Leute hier mitwirken würden. Deshalb würde ihn interessieren, wer in so ein pädagogisches Konzept mit aufgenommen werde. Des Weiteren interessiere er sich für die Ziele und wie man vorankomme. Letztendlich ginge es darum, den jungen Leuten ein Umfeld zu verschaffen, mit dem sie gut klarkommen würden und sich auch entsprechend entwickeln könnten.

**Frau Nittmann** erklärt dazu, dass ein pädagogisches Rahmenkonzept in erster Linie individuell auf die Schule abgestimmt werden müsse. Die Bedürfnisse und Interessen der jeweiligen Schule müssten berücksichtigt werden. Sie denke dabei an Suchtproblematik, Gewaltprävention oder ob an der Schule eher die Demokratieerziehung in den Fokus gestellt werde. Sie habe in dem Projekt die Erfahrung gemacht, dass die Schulen sehr unterschiedlich seien, je nach Standort und den beteiligten Personen. Hier müsse man Schwerpunkte setzen und prüfen, welchen Stellenwert andere Konzepte einnehmen würden. Dann würde sie das Konzept partizipativ erarbeiten.

**Frau Stuhlmiller** ergänzt, dass man viele Anfragen von Schulen ab der Grundschule habe, wenn es um soziale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler ginge. Momentan halte man ein Angebot in Form eines Klassentrainings zu den sozialen Kompetenzen vor und schicke einen Trainer in die Klasse. Dieser übe dann mit der Klasse soziale Kompetenzen ein. Als Bedingung stelle man aber, dass sich die Lehrerschaft auch mit dem Thema beschäftigen müsse, wie man dies weitertragen könne. Des Weiteren setze man die Gründung eines Klassenrates voraus. Dies ginge in Richtung Demokratieerziehung, dass die Schüler Selbstverantwortung für ihr Verhalten im Unterricht übernehmen sollen und selbst mitbestimmen, welche Regeln gesetzt würden. Es ginge in die Richtung des Konzepts, dass nicht nur von der Jugendhilfe Pädagogen geschickt würden. Lehrer und auch Eltern sollen mit ins Boot genommen werden. Es gebe weiter einen Elternabend, in dem vermittelt werde, was soziale Kompetenzen seien und was man im Unterricht geübt habe. Des Weiteren werde besprochen, wie das zuhause weiter getragen werden oder weiter geübt werden könne. Dies ginge so weit, dass man die Kinder selbst ausbilde, um es den Eltern auch vorzutragen. Wenn die Kinder das dann vorstellen würden, kämen auch 100 % der Eltern. Die Klage, dass von den Eltern niemand kommen würde, könne sie so nicht nachvollziehen. Wenn man entsprechende Methoden einsetzen und die Eltern von Anfang an mit einbeziehen würde, seien sie auch da. Frau Stuhlmiller führt weiter aus, dass sie die Erfahrung gemacht habe, dass

Eltern teilweise die Einübung sozialer Kompetenzen nicht wollten. Wenn man es Kompetenztraining nennen würde, wäre dies wieder etwas anderes als ein Sozialtraining. Aber es handele sich um soziale Kompetenzen, die in der Berufs- und Arbeitswelt eine große Rolle spielen würden. Hier seien in der Jugendarbeit kompetente Ansprechpartner, um dies einzuüben. Wichtig sei, aufeinander abzustimmen, was das Jugendamt machen könne, wie es im Unterricht weiter getragen werde und wie man die Elternarbeit organisieren würde.

**Landrat Sailer** bedankt sich abschließend bei Frau Nittmann für ihre Ausführungen und wünscht ihr weiterhin alles Gute.

<b>TOP 2</b>	<b>Stationäre Unterbringung von Kindern und jungen Menschen in Einrichtungen; Heimerziehung - Eingliederungshilfe (§§ 34, 35 a SGB VIII) Vorlage: 13/0312</b>
--------------	---

Sachverhalt:

In der Sitzung des Kreisausschusses am 30.09.2013 in Schwabmünchen hat Herr Kreisrat Harald Güller (SPD) beantragt, die Verwaltung möge zum o. a. Thema im Jugendhilfeausschuss berichten.

Herr Weigl, Leiter des Sozialen Dienstes im Amt für Jugend und Familie, wird die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen sowie die Arbeitsweise des AJF in diesem Aufgabenbereich darstellen.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

**Frau Hagen** verweist auf die Sitzung des Kreisausschusses vom 30. September 2013. Kreisrat Güller habe in dieser Sitzung zum Thema Heimerziehung einige Fragen gestellt. Nachdem die Interpretation, was gewünscht werde, für sie schwierig gewesen sei, habe sie sich entschlossen, die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen für eine Unterbringung in einer stationären Einrichtung darzustellen. Des Weiteren werde die Arbeitsweise des Amtes für Jugend und Familie in diesem Kontext erläutert. Kreisrat Güller habe in seiner Wortmeldung mehrere Fragen aufgeworfen. So solle insbesondere natürlich vermieden werden, dass die Familie nicht rechtzeitig intensiv außerhalb einer Einrichtung betreut werde. Die Steuerungsfähigkeit der Jugendhilfe habe er auch thematisiert im Hinblick darauf, dass die Fall-

zahlen so extrem schwanken könnten, dass es schwierig sein könne, dies haushaltsmäßig in den Griff zu bekommen. Frau Hagen stellt fest, dass dies im Prinzip die letzten Jahre immer sehr gut gelungen sei. Einen Punkt müsse man allerdings schon betonen. Mit heutigem Stand habe man insgesamt 85 Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen untergebracht. Von diesen 85 Fällen seien 29 Fallübernahmen von anderen Jugendämtern. Diese Information sei wichtig für das Verhältnis zwischen selbstgesteuerten und zu steuernden Fällen jedenfalls am Beginn einer Hilfe. Natürlich versuche man, übernommene Fälle irgendwann so bald als möglich selbst zu steuern. Dies gelinge jedoch nicht immer. Wenn man über das Thema Heimerziehung im Landkreis Augsburg spreche, müsse man wissen, dass der Landkreis Augsburg zu den Landkreisen gehören würde, die mit Abstand an der Spitze stehen würden, was die Fallübernahmen betreffe. Frau Hagen erklärt, dass die Zahlen für sich sprechen würden, da 85 Unterbringungen in stationären Einrichtungen bei insgesamt 45.000 Kindern und Jugendlichen im Landkreis nicht allzu viel seien. Wenn man dann noch die 29 Fallübernahmen bedenke, relativiere sich die Zahl derjenigen Kinder und Jugendlichen, die im Landkreis tatsächlich in Heimen seien, doch sehr stark. Dies bitte sie bei den Ausführungen auch zu berücksichtigen. Frau Hagen führt weiter aus, dass sie auf diesen Punkt noch bei der Vorstellung des Schwabenvergleichs zu sprechen kommen würde. Abschließend stellt Frau Hagen fest, dass im letzten halben Jahr insgesamt 11 stationäre Fälle übernommen werden mussten. Im Vergleich dazu konnte man nur einen einzigen Fall abgeben. Dies sei eine spezifische Sache, die man immer berücksichtigen müsse, wenn man über Fallzahlen spreche. Sie führe schon über viele Jahre die Statistiken zum Verhältnis zwischen übernommenen und abgebenden Fällen.

Zu den Ausführungen von **Herrn Weigl** wird auf die beigelegte Präsentation verwiesen.

**Kreisrätin Höfer** bedankt sich für den Bericht. Herr Weigl habe sich damit sehr viel Mühe gemacht und die Arbeit, die der Jugendhilfeausschuss seit Jahren begleiten würde, nochmals zusammengefasst. Sie finde es schade, dass Kreisrat Güller heute nicht anwesend sei, der das Thema im Kreisausschuss beantragt habe. Nach Meinung von Kreisrätin Höfer hätte er im Gespräch mit seinen Kollegen aus der Fraktion bereits im Vorfeld einiges klären können. Abschließend äußert Kreisrätin Höfer die Bitte, das Protokoll zu dieser Sitzung auch Kreisrat Güller zukommen zu lassen, damit er das Thema nachlesen könne.

**Kreisrat Walter** erkundigt sich unter Bezugnahme auf die angesprochenen Zuzüge von etwa einem Drittel, ob man insgesamt gesehen flächendeckend in Bayern eine gewisse Zunahme registrieren müsse.

Dazu erklärt **Frau Hagen**, dass bei der von ihr genannten Zahl ein gewisser Zufall natürlich auch eine Rolle spielen würde. Sie berichtet von Zuzügen von sozial schwachen Familien in den Landkreis Augsburg, durch die man neun Kinder in stationären Einrichtungen habe. Diese wenigen Einzelfälle, die im Prinzip auch woanders sein könnten, würden das Ganze natürlich „aufplustern“. Sie könne sich gut vorstellen, dass dies in anderen stadtnahen Landkreisen außerhalb Schwabens wie beispielsweise Nürnberg genauso sei. Des Weiteren sei es so, dass natürlich insgesamt die Zahl derjenigen Kinder, die in irgendeiner Weise auf die Jugendhilfe zukommen würde, steige. Frau Hagen verliest dazu einen Ausschnitt eines Schreibens vom Bayerischen Landkreistag: „Das statistische Bundesamt hat die Zahlen zu den Inobhutnahmen durch die deutschen Jugendämter im Jahr 2012 vorgelegt. Hiernach sind im vergangenen Jahr 40.200 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen, dies waren etwa 1.700 bzw. 5 % mehr als im Jahr 2011.“ Frau Hagen führt weiter aus, dass das statistische Bundesamt zudem darauf hinweise, dass die Zahl der Inobhutnahmen gegenüber 2007 um 43 % gestiegen sei. Daraus könne man ersehen, dass die Problematik zum Teil durch Einzelfälle gekennzeichnet sei. Andererseits sei es jedoch einfach ein Phänomen, das insgesamt zunehme. Hier sei es natürlich schwierig, individuelle Antworten zu geben.

**Herr Neumeier** ergänzt, dass dies natürlich auch eine Seite der wirtschaftlich starken Situation in Bayern insgesamt und auch im Landkreis Augsburg sei. Eltern würden dahin ziehen, wo es Familienfreundlichkeit und Arbeit gebe. Bei Betrachtung der Zuzüge könne man sehen, dass diese Menschen oft aus Regionen kämen, wo es keine Chancen für die Eltern gebe. Sie würden dann versuchen, hier Fuß zu fassen und dann habe man solche Phänomene wie mit diesen neun Kindern. Dies sei die andere Seite, die man als Gesellschaft jedoch ertragen müsse, wenn es wirtschaftlich so gut ginge, dass man schon nahezu bei Vollbeschäftigung sei. Dieselbe Problematik hätten auch andere große Landkreise wie beispielsweise Freising. Die Landkreise, die letztendlich auch demographische Probleme bekommen würden, hätten damit ein paar Vorteile. Dies wiege allerdings nicht ab, was in diesen Bundesländern und auch in Regionen Bayerns geschehe, denen es nicht so gut ginge. Dies seien jedoch logische Folgeerscheinungen.

**Kreisrätin Durner** findet es sehr negativ, dass Kreisrat Güller von der CSU-Fraktion kritisiert werde, nur weil er im Kreisausschuss einige Fragen gestellt habe. Der Grund für die Anregung von Kreisrat Güller sei eigentlich die positive Entwicklung der Jugendhilfe in diesem Jahr gewesen. Ein weiterer Grund sei die Frage, ob dieser erfreuliche Zustand mit der Personalmehrung zu tun habe. Dieser Personalmehrung stehe die SPD-Fraktion sehr positiv gegenüber.

**Frau Hagen** erklärt dazu, dass die Frage von Kreisrat Güller selbstverständlich kein Problem darstellen würde. Sie habe jetzt versucht, ganz allgemein die Verfahrensweise darzustellen. Zum Personal erklärt Frau Hagen, dass sie diesen Punkt bei Verschiedenes angesprochen hätte. Seit 1. September sei das Amt für Jugend und Familie mit den für dieses Jahr beantragten Stellen voll besetzt. Nach einer gewissen Einarbeitungszeit würden sich jetzt schon die ersten Entlastungen bemerkbar machen. Frau Hagen weist ausdrücklich darauf hin, dass die stationären Maßnahmen immer nach den höchsten Maßstäben bearbeitet wurden. Durch die Personalmehrung könnten jetzt jedoch Familien über einen längeren Zeitraum betreut werden. Es sei nicht mehr in jedem Fall unbedingt notwendig, die momentan nicht ganz so schwierigen Fälle gleich dem Helfersystem zu übergeben. An dieser Stelle bedankt sich Frau Hagen beim Kreistag für die verbesserte personelle Ausstattung. Es zeige sich auch beim Rückgang der ambulanten Maßnahmen, die man in diesem Jahr verzeichnen konnte. Ob sich diese Entwicklung so fortsetzen werde, könne man jetzt natürlich noch nicht sagen. Im ambulanten Bereich würde sich die personelle Verstärkung jedoch deutlich bemerkbar machen. Frau Hagen erklärt, dass das Amt für Jugend und Familie nach Jahren endlich wieder die Bearbeitungsstandards auch wirklich einhalten könne.

**Kreisrätin Olbrich-Krakovitzer** findet es schockierend, wie die Fallzahlen im Bundesvergleich zunehmen würden. Sie erkundigt sich, ob es nicht nur eine Erhebung über die Zunahme der Zahlen gebe, sondern auch eine Ursachenforschung, an was das liegen würde. Man müsse nicht immer nur die Symptome bekämpfen, sondern auch an die Ursachen denken.

Dazu verweist **Frau Hagen** auf erste, sehr interessante Forschungsberichte von Dr. Ulrich Bürger. Sie habe sich zwischenzeitlich eine Präsentation anfertigen lassen und werde versuchen, in einer der nächsten Sitzungen diese Zusammenhänge darzustellen. Der für den Raum Baden-Württemberg zuständige Dr. Bürger habe Ursachen und Zusammenhänge in einem längeren Forschungsprojekt dargestellt. Hier gebe es sehr viele Wirkungszusammenhänge, die sie sehr gern einmal näher darstellen wolle. Als Beispiel nennt Frau Hagen einen Punkt, der entscheidend sei und auch nachgewiesen werden konnte. So habe ein Kind aus einer Patchwork-Familie in relativer Armut im Vergleich zu einer „Normalfamilie“ ein hohes Risiko (1:53), irgendwann einmal Hilfe zu benötigen. Dies sei ein Punkt, auf den die Jugendhilfe keinerlei Einfluss nehmen könne. Frau Hagen weist darauf hin, dass diese Untersuchung in Baden-Württemberg durchgeführt wurde. In Bayern gebe es keine vergleichbaren Projekte. Abschließend weist Frau Hagen darauf hin, dass die Jugendhilfe niemals Ursachen



bewältigen könne. Eine Jugendhilfe könne nicht in die Lebensmodelle von Menschen eingreifen. Die Erläuterungen jedoch, warum und wie es so kommen würde, seien trotzdem sehr spannend und würden zumindest die Zunahme der Hilfefälle erklären.

**Kreisrätin Olbrich-Krakowitz** bedankt sich für die Ausführungen. Sie habe jedoch nicht gemeint, dass die Jugendhilfe tätig werden müsse, sondern was die Politik im Allgemeinen aus solchen Entwicklungen lernen könne.

**Kreisrat Walter** weist ebenfalls darauf hin, dass es Kreisrat Güller in keiner Weise darum ging, die Jugendhilfe zu kritisieren oder die Arbeit in Frage zu stellen. Es ginge darum, einen Ansatz zu finden, das Ganze haushalterisch in den Griff zu bekommen. Er nehme aus den Ausführungen mit, dass die Jugendhilfe in hohem Maße fremdbestimmt sei, zumal man etwa ein Drittel von außen zugesteuert bekäme. Kreisrat Walter bedankt sich für die Ausführungen.

Abschließend bedankt sich **Landrat Sailer** bei Herrn Weigl für die Präsentation. Seiner Meinung nach könne dies so auch durchaus in die Fraktionen transportiert werden.

<b>TOP 3 Jugendhilfeberichterstattung - Schwabenvergleich 2012</b> <b>Vorlage: 13/0313</b>
---

Sachverhalt:

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 24.04.2012 hat die Verwaltung die wichtigsten Ergebnisse des von den schwäbischen Landräten im Frühjahr 2011 initiierten sog. Schwabenvergleichs vorgestellt. Der Schwabenvergleich ist eine vergleichende Untersuchung der wichtigsten Jugendhilfedaten, insbesondere Fallzahlen, Kosten, Verteilung und Dauer der einzelnen Hilfen, in den zehn schwäbischen Landkreisen. Datenbasis für den 2012 vorgelegten Bericht war das Jahr 2010.

In der Zwischenzeit haben die schwäbischen Landräte beschlossen, den Schwabenvergleich für weitere Haushaltsjahre fortzuschreiben. Nunmehr liegt der Schwabenvergleich 2012 (Datenbasis ist das Jahr 2012) vor; die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erhalten einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse dieses Berichts.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:  <input type="checkbox"/> im Verw.HH: <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.    HhSt.  <span style="float: right;">€    €</span>	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):  <span style="float: right;">€</span>	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten:  <input type="checkbox"/> keine  <span style="float: right;">€</span>	Gesamtfinanzierung  Eigenanteil:  <span style="float: right;">€</span>	Gesamtfinanzierung  Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):  <span style="float: right;">€</span>

Bemerkungen:



**Herr Neumeier** erläutert den Sachverhalt. Hierzu wird auf die Vorlage verwiesen.

Im Anschluss an die Ausführungen fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Aufnahme einer weiteren Fachkraft für Frühe Hilfen mit 0,5 Stellenanteilen in den Stellenplan 2014.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0

## **TOP 5 Abwicklung des Jugendhilfehaushalts 2013**

**Frau Hagen** erklärt, dass der Stand der Haushaltsabwicklung nach wie vor sehr erfreulich sei. Den Ausgabenansatz habe man momentan um mehr als eine halbe Million Euro unterschritten. Man gehe davon aus, dass es bis Jahresende in dieser Größenordnung auch bleiben würde. Dadurch, dass man sehr viele Kostenerstattungen bekommen habe, konnte der Haushaltsansatz bei den Einnahmen praktisch schon erreicht werden. Frau Hagen geht davon aus, dass man zum Jahresende mit etwa 300.000 Euro über dem Einnahmen-Ansatz liegen würde.

Der Bericht über die Abwicklung des Jugendhilfehaushalts wird von den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zur Kenntnis genommen.

## **TOP 6 Verschiedenes**

**Herr Neumeier** informiert die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses über die Entschädigung für Heimkinder in den 50er und 60er Jahren. Man habe jetzt den ersten Fall eines inzwischen älteren Herrn über längere Zeit begleitet, der in einer Einrichtung im Landkreis Augsburg untergebracht war. Dieser Herr habe in wirklich drastischen Worten geschildert, was mit ihm geschehen sei. Vor kurzem habe er angerufen und mitgeteilt, dass er jetzt sehr unbürokratisch und ohne die Vorlage von großen Belegen 10.000 Euro bekommen habe. Dies sei zwar keine Wiedergutmachung, aber doch ein Zeichen der Wertschätzung. Herr Neumeier erklärt weiter, dass man weiter versuchen würde, aus dem vorhandenen Datenbestand die Menschen zu unterstützen.

**Frau Hagen** berichtet über den aktuellen Stand verschiedener Projekte.

1. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurde das Alkoholpräventionsprojekt „APE“ vorgestellt. Zwischenzeitlich habe man den Förderbescheid mit einer Zusage von 25.000 Euro für dieses Projekt erhalten. Die Ausschreibung für dieses Projekt werde schon vorbereitet und man gehe davon aus, im Frühjahr nächsten Jahres damit beginnen zu können.
2. Des Weiteren bereite man intern einen speziellen Teil der Jugendhilfeplanung vor. Hierbei ginge es um die Schulkinderbetreuung. Bereits jetzt habe man etliche Konferenzen zu den Fragebögen durchgeführt, da man mehrere Beteiligte mit einbeziehen wolle. So sollen nicht nur Eltern, sondern auch Schulen und Jugendsozialarbeiter da-

zu befragt werden, wie hoch der Bedarf der Schulkinderbetreuung tatsächlich sei. Frau Hagen erklärt, dass man sich hierzu natürlich auch mit den Gemeinden abstimmen werde. Im Januar wolle man die ersten Fragebogen an die Eltern verschicken. Des Weiteren seien Workshops und Expertenrunden geplant, an denen auch Vertreter der Gemeinden und des Jugendhilfeausschusses beteiligt werden sollen. Frau Hagen führt weiter aus, dass sie dieses Projekt für sehr wichtig halte. Sie sei sicher, dass die Betreuung für U3-Kinder in ganz kurzer Zeit einen deutlich höheren Bedarf an Schulkinderbetreuung verursachen werde.

3. Von der Staatsregierung werde ein neues Projekt geplant. Es handele sich hierbei um Qualitätsbegleiter in Kindertagesstätten. Dafür sollen bayernweit 200 Stellen vorgesehen werden. Ein Teil dieser Qualitätsbegleiter soll bei den freien Trägern und ein anderer Teil bei den Jugendämtern angesiedelt werden. Frau Hagen erklärt, dass man sich für zwei Stellen angemeldet habe, da es im Landkreis über 150 Einrichtungen gebe. Eine Stelle werde man sicher bekommen. Für diese Stellen sei ein Staatszuschuss von 90 % in Aussicht gestellt worden. Allerdings sei noch keine Entscheidung getroffen worden. Frau Hagen führt weiter aus, dass trotz der Bezuschussung die Stellen im Stellenplan abgebildet werden müssen. Darum habe man beide Stellen für den Stellenplan 2014 bereits angemeldet. Die Arbeit der Qualitätsbegleiter soll im September nächsten Jahres ab dem nächsten Kindergartenjahr beginnen. Über die weitere Entwicklung werde man den Jugendhilfeausschuss zu gegebener Zeit weiter informieren.

<b>TOP 7    Wünsche und Anfragen</b>
--------------------------------------

Keine Wünsche und Anfragen

Landrat Sailer bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

---

Martin Sailer  
Landrat

---

Susanne Häusler  
Verw.Angestellte

29. Sitzung des Jugendhilfeausschusses 04.11.2013